



Soziales
Europa
oder Freihandel
um jeden
Preis?

Fragen und Antworten zur EU-Dienst- leistungsrichtlinie

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Auf einer Großdemonstration in Brüssel protestieren im März 2005 auch französische Bauarbeiter von der kommunistischen Gewerkschaft CGT gegen die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union, die so genannte Bolkestein-Richtlinie. Foto: Stefan Mentschel

Die schlimmsten Befürchtungen wurden im November im Binnenmarktausschuss des Europaparlaments wahr. Die Mehrheit der Konservativen und Liberalen setzen im europäischen Parlament alles daran, die Dienstleistungsrichtlinie umzusetzen. Damit geht der Generalangriff auf die Sozialstandards, Tariflöhne, Arbeitsschutz, ökologische und Verbraucherstandards und die Daseinsvorsorge in die entscheidende Phase. Die Menschen in Europa würden zu Konkurrenten um Arbeit zu jedem Preis degradiert. Eine Grundsäule der europäischen Einigung ist das europäische Sozialmodell.

Mit ihrer Politik zerstört die EU-Kommission den europäischen Zusammenhalt, befördert Nationalismus und Rechts extremismus.

Wer das verhindern will, muss jetzt handeln. Es geht dabei auch um den Erhalt des europäischen Zusammenhalts.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Richtlinie im Europäischen Rat zu stoppen.

Wir rufen Sie alle auf, mit uns an den Demonstrationen gegen die Richtlinie am 11. Februar 2006 in Straßburg und Berlin teilzunehmen.

Ulla Lötzer, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE.

Hintergrund der Richtlinie – EU-Binnenmarkt und globale Liberalisierung

Frage: Was verspricht sich die EU-Kommission von der Liberalisierung der Dienstleistungen?

Die Dienstleistungsrichtlinie ist ein zentraler Schritt bei der Vollendung des Binnenmarktes der EU. Die EU-Kommission behauptet, dass die Wirtschaft nur wachsen kann, wenn die Anbieter ungehindert von staatlichen Regeln und Standards konkurrieren können.

Die Öffnung der Postdienste oder des Energiebereichs hat es gezeigt: Mit der Marktöffnung kommt es nicht zu sinkenden Preisen. Vielmehr gingen tausende von Arbeitsplätzen verloren, Postämter wurden geschlossen, der Druck auf die ArbeitnehmerInnen in Europa nahm zu.

Aber die EU-Kommission lässt sich von ihrem Weg nicht abbringen: Bis 2010 will sie alle noch bestehenden »Hindernisse« für grenzüberschreitende Dienstleistungen beseitigen. Mit »Hindernissen« meint die EU-Kommission aber vor allem Genehmigungsverfahren, die Kontrolle von Ökostandards, Tariflöhnen oder Arbeitsschutznormen.

Der erste Hammer: Das Herkunftslandprinzip

Frage: Wie will die EU-Kommission die verschiedenen »Hindernisse« für grenzüberschreitende Dienstleistungen abschaffen?

Ganz einfach: Mit dem Herkunftslandprinzip! Grenzüberschreitend tätige Dienstleister unterliegen damit nicht mehr den Regeln des Landes, in dem sie ihre Leistungen anbieten, sondern sind nur den Gesetzen des Landes verpflichtet, in dem sie niedergelassen sind. Auch für die Qualitätskontrolle und die Einhaltung von Arbeits- und Sozialrecht ist nur noch das Heimatland zuständig.

Der zweite Hammer: Weg mit der Daseinsvorsorge

Frage: Welche Dienstleistungen sind eigentlich betroffen?

Bis auf wenige – umstrittene – Ausnahmen eigentlich alle – auch die öffentlichen Dienstleistungen, wie Wasser und Abfallentsorgung, Kindergärten, Volkshochschulen.

Der dritte Hammer: Niederlassung ohne Auflagen

Frage: Aber deutsche Unternehmen müssten doch bei uns noch nach deutschen Gesetzen handeln?

Nein, auch damit wird Schluss gemacht: Die Richtlinie will die Niederlassung im Ausland erleichtern: Man muss nicht mehr nachweisen, dass man »überwiegend« in einem Land tätig ist und damit keinen Firmensitz mehr einrichten. Auch der Nachweis von Kapital würde der Richtlinie zum Opfer fallen. Das heißt: Die Verlagerung von Firmensitzen ist gar nicht mehr notwendig. Man gründet einfach eine Briefkastenfirma im Land mit den niedrigsten Standards und bietet dann seine Leistungen in ganz Europa an. Damit wird nicht nur die Steuerflucht befördert, sondern auch die Umgehung von Qualifikationsanforderungen für z. B. Pflegekräfte oder Sicherheitsstandards für Gerüstbauer.

Frage an Zdenek Málek, Stellvertretender Vorsitzender CMKOS (tschechischer Gewerkschaftsbund):

In Deutschland wurden Fälle menschenunwürdiger Unterbringung osteuropäischer Arbeiter und ihre katastrophalen Arbeitsbedingungen bekannt. Was können hier die Gewerkschaften tun?

Solidarisch und einig sein. Darüber hinaus überrascht es, wie oft in diesem Zusammenhang das Herangehen der Arbeitgeber, ihre Verletzung des Arbeitsrechts und der Tarifverträge verschwiegen werden, und von irgendeiner Ahndung ähnlicher Handlungsweisen keine Rede ist. Das Gleiche betrifft auch die staatlichen Behörden, die ihre Befugnisse häufig nicht nutzen. Auf all dies müssen die Gewerkschaften hinweisen, insbesondere im Zusammenhang mit dem in der genannten Dienstleistungsrichtlinie enthaltenen Herkunftslandprinzip. Wir unterstützen auch die Einrichtung gemeinsamer gewerkschaftlicher Informationszentren, wo sich jeder über seine Rechte und die geltenden Bedingungen in dem Land informieren kann, in dem er zu arbeiten gedenkt.

Die Folgen I: Sozialdumping

Frage: Was werden die Unternehmen in einem deregulierten Binnenmarkt tun?

Große Firmen werden ihren Firmensitz in das Land mit den niedrigsten Arbeitsschutz- und Sicherheitsnormen verlegen und dann EU-weit mit Billigangeboten die Konkurrenz ausschalten. Vorschriften und Tarifverträge des Heimatlandes werden erstmal ignoriert werden, da eine grenzüberschreitende Kontrolle kaum zu erwarten und zu schaffen sein wird. Und Vorschriften des Landes in dem die Dienstleistung angeboten und erbracht wird, darf es ja kaum mehr geben. Außerdem müssen sog. Entsendefirmen, die Leiharbeiter durch Europa schicken, sich nicht mehr im Zielland anmelden und keine Arbeitspapiere mehr vorhalten. Wie und was dann noch kontrolliert werden kann, steht in den Sternen. Tarifbindung, Kündigungsschutz oder Sozialabgaben – das alles wäre dann nicht mehr zu kontrollieren.

Christine Buchholz

Vorbereitungsgruppe der Europäischen Sozialforen (ESF)

»Die Gegenwehr gegen Bolkestein ist ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen Sozialdumping in Europa. Auf dem Sozialforum in London im Herbst 2004 wurden u.a. eine große europaweite Demonstration im März 2005 auf den Weg gebracht, die die Durchsetzung der Richtlinie erst mal ins Straucheln gebracht hat.

Die Forderung der europäischen Bewegungen lautet: Ausweitung und nicht Abbau von sozialen Standards und Rechten! Auf dem nächsten Sozialforum in Athen 2006 wollen wir eine Athen-Strategie des Widerstandes und der internationalen Solidarität entwerfen. Der Vorstellung, Europa zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt zu machen, entspricht auch das Säbelrasseln der EU: Die Militarisierung der EU wird vorangetrieben, um ihren wirtschaftlichen Einfluss weltweit militärisch abzusichern. Flüchtlinge, wie die von Ceuta oder Meilla, werden zu Opfern dieser neoliberalen Politik.«

www.fse-esf.org

Die Folgen II: Schutzlose Verbraucherinnen und Verbraucher

Was hat der Fleischskandal mit der Dienstleistungsrichtlinie zu tun?

Sehr viel! Edda Müller vom Bundesverband der Verbraucherzentralen bringt es auf den Punkt: »Es macht keinen Sinn, auf der einen Seite diesen Leuten in Deutschland das Handwerk zu legen und ihnen auf der anderen Seite mit der Dienstleistungsrichtlinie die Tore nach Deutschland zu öffnen.« Mit der Richtlinie würde die Kontrolle und Durchsetzung von vielen Verbraucherschutzvorschriften noch mehr erschwert als bisher.

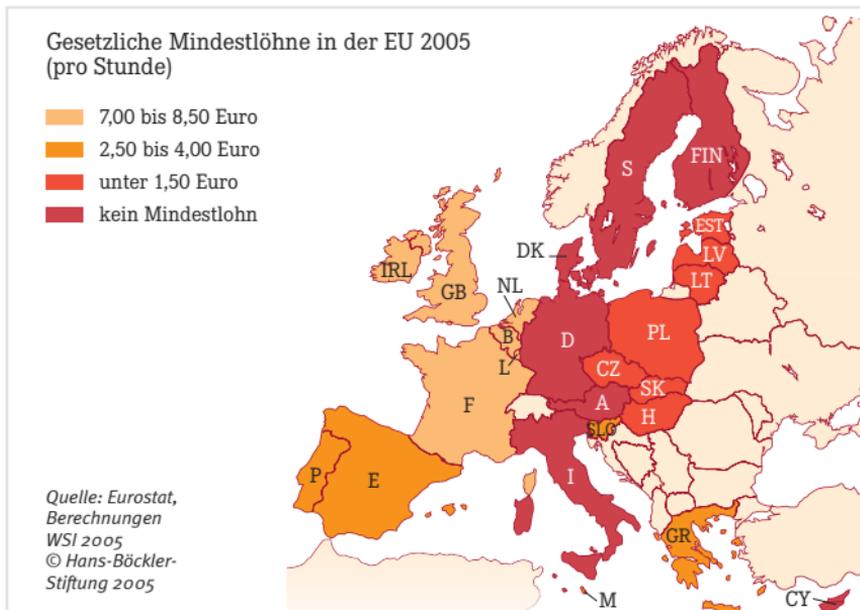
Warum ist der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge so wichtig?

Wenn die Altenversorgung, Kindergärten oder öffentlicher Nahverkehr nur noch von profitorientierten Konzernen abhängen, wäre nicht gesichert, dass flächendeckend soziale Dienstleistungen angeboten würden. Oder sie würde zu Preisen angeboten, die für die meisten unbezahlbar sind. Außerdem sinkt die Qualität der Dienstleistungen. Die soziale Polarisierung zwischen denen, die sich Schule, Krankenhäuser, Wasserversorgung noch leisten können, und denen, die sie sich nicht mehr leisten können, nähme zu.

Die Folgen III: Eine deregulierte Wirtschaft

Frage: Was wären die Folgen für die europäische Wirtschaft?

Die EU-Kommission behauptet durch weniger Bürokratie und mehr Wettbewerb würden die Preise für Dienstleistungen sinken und dadurch der Wohlstand für alle gesteigert. Aber richtig ist: Eine Liberalisierung führt immer zu Entlassungen, Lohnsenkungen und verstärkt damit die Nachfragekrise der europäischen Wirtschaft.



Unsere Forderungen

DIE LINKE. im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für die Rücknahme der Dienstleistungsrichtlinie einzusetzen. Wir wollen erreichen, dass die EU-Kommission die bestehende Richtlinie zurückzieht.

Stattdessen brauchen wir in Europa Standards und Regelungen auf hohem Niveau,

- die sich an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientieren,
- die die Solidarität unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unterstützen
- und Unternehmen in ihre soziale und ökologische Verantwortung einbinden.

Am jeweiligen Arbeitsort müssen für alle die gleichen, lokalen Standards gelten und kontrollierbar sein!
Die öffentliche Daseinsvorsorge – also öffentlicher Nahverkehr, Wasserversorgung, Bildung etc. – muss EU-weit vor weiterer Privatisierung und Deregulierung geschützt werden.

Informationen, Aktionen, Protest

Am 11. Februar 2006 wollen Gewerkschaften und soziale Bewegungen, die europäischen Linksparteien aus ganz Europa vor der entscheidenden Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments gegen die Richtlinie demonstrieren. Die Auseinandersetzung geht danach aber weiter. Die Staatsregierungen werden dann – wie immer hinter verschlossenen Türen – nach einem Kompromiss suchen.

Wir rufen auf:

Unterstützen Sie die Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie. Üben Sie Druck auf Bundesregierung und Bundesrat aus, damit die Richtlinie im Rat der Europäischen Union auf Widerstand stößt. Fordern Sie Ihre Europaabgeordneten auf, bei der Abstimmung im Europäischen Parlament die Zustimmung zu verweigern. Beteiligen Sie sich an den Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen.

Bei der Beerenlese dieses
edlen Tropfens waren keinerlei aus-
ländische Saisonarbeiter beteiligt,
nur deutsche Arbeitslose!

KE/05



Neues Reinheitsgebot für die deutschen Weine ...

Kontakt

*Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Ulla Lötzer, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030.22 77 85 41
E-Mail: ursula.loetzer@bundestag.de*

www.linksfraktion.de

Angela Merkel (ZEIT vom 17. 11. 2005): »An bestimmten Themen wie der Dienstleistungsrichtlinie ist eine tiefe Auseinandersetzung entbrannt, die ich für übertrieben halte.«

Athener Erklärung der Europäischen Linkspartei:

...Wir kämpfen für die sofortige Rücknahme der Bolkestein-Richtlinie ...

Deregulierung von Beschäftigung in Europa und Sozialdumping in den Entwicklungsländern sind zwei Seiten einer Medaille. Beide bringen ausschließlich den multinationalen Konzernen Vorteile, verschärfen den Wettbewerb unter den Arbeitnehmern und betreffen vor allem Frauen. ... Statt der Verlagerung von Arbeitsplätzen schlagen wir die Verbesserung der Arbeitszeitregelungen und der Arbeitsbedingungen, die Einhaltung der Umweltstandards in der Produktion sowie die Weiterentwicklung der Sozial- und Lohnsysteme vor. Eine grundsätzliche Voraussetzung sind mehr Transparenz, mehr Demokratie und mehr Mitsprache der Beschäftigten am Arbeitsplatz.